

Erscheinungsweise:
Täglich mit Ausnahme
der Sonn- und Festtage

Anzeigenpreis:
a) im Anzeigenteil:
die Seite 20 Goldpfennige
b) im Reklameteil:
die Seite 65 Goldpfennige
Auf Sammelanzeigen
kommen 50% Zuschlag

Für Platzvorschriften
kann keine Gewähr
übernommen werden

Gerihtsstand
für beide Teile ist Calw



Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw

Bezugspreis:
In der Stadt 35 Goldpfennige
wöchentlich mit Trägerlohn
Post-Bezugspreis 35 Gold-
pfennige ohne Bestellgeld
Schluß der Anzeigen-
annahme 8 Uhr vormittags
In Fällen höherer Gewalt
besteht kein Anspruch auf Lieferung
der Zeitung oder auf Rückzahlung
des Bezugspreises
Fernsprecher Nr. 9
Verantwortl. Schriftleitung:
Friedrich Hans Scheele
Druck und Verlag
der A. Oelschläger'schen
Buchdruckerei

Nr. 42

Montag, den 20. Februar 1933

Jahrgang 105

Erleichterungen für die Versorgungsberechtigten

Die Verordnung zur Milderung von Härten in der Sozialversicherung und Reichsversorgung vom Reichspräsidenten unterzeichnet

El. Berlin, 20. Febr. Die Verordnung des Reichspräsidenten zur Milderung der Härten in der Sozialversicherung und in der Reichsversorgung ist am Samstag vom Reichspräsidenten unterzeichnet worden. Amtlich wird hierzu verlautbart:

Der Herr Reichspräsident und die Reichsregierung halten es für eine der vordringlichsten Aufgaben, die Härten der Notverordnung soweit und sobald als möglich zu beseitigen oder wenigstens zu mildern. Dem Herrn Reichspräsidenten liegen dabei vor allem die Kriegsopfer, vornehmlich also die alten Soldaten, deren Angehörige und Hinterbliebenen am Herzen. Er hat es daher besonders begrüßt, daß die Reichsregierung ihm bereits jetzt einen wesentlichen Schritt auf diesem Wege vorgeschlagen hat. Die neuen Maßnahmen sind teils durch eine Notverordnung angeordnet, teils im Verwaltungswege durch einen Erlass des Reichsarbeitsministers. Die Einzelheiten werden anschließend kurz erläutert. Die Reichsregierung wird, soweit es die finanzielle Lage gestattet, auf dem Wege der Beseitigung von Härten weitergehen. Der Herr Reichspräsident hat seine besondere persönliche Anteilnahme an dem Fortgang dieser Arbeiten der Reichsregierung bekundet.

Der Inhalt der neuen Notverordnung

Ist folgender: Durch die von dem Herrn Reichspräsidenten am 18. Februar 1933 vollzogene Verordnung wird die Anrechnung von Versorgungsgebühren in der Renten aus der Invaliden-, Angefallenen- und Knappschaftlichen Pensionsversicherung dahin wesentlich gemildert, daß vom 1. April 1933 ab der ruhende Teil dieser Renten weder Zweidrittel noch den Betrag von 50 Rm. übersteigen darf. Es verbleibt dem Berechtigten somit neben seinen Versorgungsgebühren mindestens ein Drittel seiner Bezüge aus der Sozialversicherung, während diese Bezüge bisher unter Umständen in vollem Umfang wegfielen. Eine entsprechende Regelung gilt übrigens auch für pensionierte Beamte, die neben ihrer Pension Bezüge aus der Sozialversicherung erhalten.

Das Reichsversorgungsgesetz wurde dahin geändert, daß Kinderzulagen und Waisenrenten vom 1. April 1933 ab bis zur Vollendung des 16. (bisher des 15.) Lebensjahres zu zahlen sind. Bei Berufsausbildung können die Bezüge wie bisher bis zur Vollendung des 21. Lebensjahres gezahlt werden. Ferner werden auf dem Gebiete der Reichsversorgung im Verwaltungswege folgende Erleichterungen angeordnet:

Die Hauptversorgungsämter werden ermächtigt, zur Erhaltung der von Zwangsversteigerung bedrohten Eigenheim der Kriegsbeschädigten, die eine Kapitalabfindung erhalten haben, im Unterstützungswege Beihilfen zur Tragung der mit dem Grundbesitz verbundenen Lasten zu gewähren. Außerdem werden zur Unterstützung gewisser weiterer Gruppen von Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen Mittel zur Verfügung gestellt.

Die Reichswahlvorschläge

El. Berlin, 20. Febr. Beim Reichswahlleiter sind folgende Reichswahlvorschläge fristgemäß eingereicht worden:

1. Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (Hitlerbewegung).
2. Sozialdemokratische Partei Deutschlands.
3. Kommunistische Partei Deutschlands.
4. Deutsche Zentrumspartei.
5. Kampffront Schwarz-Weiß-Rot.
6. Bayerische Volkspartei.
7. Deutsche Volkspartei—Christlich-Sozialer Volksdienst (Ev. Bewegung)—Deutsche Bauernpartei—Deutsch-Hannoversche Partei.
8. Württembergischer Bauern- und Weingärtnerbund (Landbund), ferner ein Reichswahlvorschlag mit der Parteibezeichnung „Sozialistische Kampfgemeinschaft“.

Ueber die Zulassung der Reichswahlvorschläge entscheidet morgen der Reichswahlprüfungsausschuss.

Aus dem Wahlkampf

Reichskanzler Hitler sprach am Sonntag abend vor 100 000 Menschen in Köln. Zur Einleitung der Wahlversammlung marschierten etwa 10 000 SA- und SS-Leute sowie Amtswalter der Partei aus dem Gau Köln-Nachdem durch die Stadt Köln.

Reichskanzler Hitler ging in seiner Rede auf die Bedeutung des 30. 1. 1933 und auf die Geschichte Deutschlands seit 1918 ein. Er ließ es dabei nicht an scharfen Ausfällen gegen die Sozialdemokratie und das Zentrum fehlen. Er führte

Die nach dem Reichsversorgungsgesetz versorgten Witwen, die nicht mehr für Kinder zu sorgen haben, erhalten künftig in größerem Umfang als bisher Zulagen. Endlich sind auch die Bestimmungen über Zuschüsse für ehemalige Offiziere und ihre Hinterbliebenen gemildert worden.

Die gesamten Maßnahmen erfordern einen Mehraufwand von etwa 30 Millionen Rm. jährlich. Soweit der Mehraufwand bei den Trägern der Invalidenversicherung entfällt, wird er vom Reiche erstattet.

Neue Schutzzölle für Land- und Waldwirtschaft

Im „Deutschen Reichsanzeiger“ wird eine auf Vorschlag von Reichsminister Hugenberg beschlossene Verordnung über Zollmaßnahmen veröffentlicht, die neue Zölle auf dem Gebiete des Ackerbaues, des Gartenbaues, der Vieh- und Milchwirtschaft, der See- und Binnenschifffahrt und der Viehzucht enthält. Danach werden u. a. Zollerhöhungen vorgenommen für Buchweizen, Speiseerbsen, Futterbohnen, Grünfutter, Rot-, Wirsing- und Weißkohl, Salat, rohes Schweine- und Gänsefleisch, Rindertalg, Tafelkäse, eingedickte Milch, frische Seefische, Sprossen, Karpfen, Schleie, Forellen, Lachs und Hechte und Bienenhonig.

Neuregelung der Zölle für Holz

In der Samstagsausgabe des „Deutschen Reichsanzeiger“ wird eine Verordnung veröffentlicht, durch die die Zölle für Holz neu geregelt werden. Hervorzuheben ist insbesondere die Erhöhung des Zolles für hartes Rundholz auf 80 Pf. und für härteres Nadelholz auf 40 Pf. je Doppelzentner. Dementsprechend sind die Zölle für Schnittholz aus hartem Holz auf 8 Rm. und für solches aus Nadelholz auf 250 Rm. je Doppelzentner festgesetzt. Die Zölle für Holzwaren sind entsprechend gehalten worden.

Diese Zollerhöhung war notwendig, um der schwer leidenden deutschen Forstwirtschaft in härterer Weise als bisher möglich war, den deutschen Markt zu sichern und überflüssige Einfuhren fernzuhalten. Die durch diese Maßnahme zu erwartende Verbesserung des Absatzes für deutsches Holz wird auch zu einer günstigen Beeinflussung der Preise führen, die zurzeit nur etwa auf der Hälfte der Friedenspreise liegen. Dadurch wird nicht nur der privaten Forstwirtschaft geholfen, sondern auch den Ländern und Gemeinden, in deren Besitz etwa 50 v. H. der gesamten Waldfläche sind und die infolge der bisherigen niedrigeren Preise nicht mehr wie bisher Einnahmen aus ihrer Forstwirtschaft hatten, sondern sogar aus allgemeinen Steuergeldern erhebliche Zuschüsse leisten mußten. Die Bemessung des neuen Schnittholzzolles wird ferner die Beschäftigungsmöglichkeit in der Sägewirtschaft wesentlich heben.

Die Verordnung über Zolländerungen für Holzwaren tritt am 1. März ds. J. in Kraft. Die Verordnung über Zolländerung für Holz selbst wird, wie ergänzend festzustellen ist, bereits am Donnerstag, den 23. Februar ds. J., in Kraft treten.

weiter aus, daß im Reich so viel zu ordnen sei, daß er vier Jahre Zeit verlange und dann das Urteil dem Volke überlassen wolle. Ich glaube, so sagte der Kanzler, die Würfel sind in Deutschland bereits gefallen. Die neue Bewegung wird die deutsche Nation einen und wird arbeiten an der Erhaltung des deutschen Bauern. Sie wird die Sorge um den deutschen Arbeiter tragen und die Bahn frei machen für den deutschen Geist. Sie wird endlich der deutschen Wirtschaft wieder eine Zukunft geben. Wir kennen nur ein Programm, und das ist die Idee der Durchführung des Lebenskampfes der deutschen Nation.

In einer nationalsozialistischen Kundgebung in Dresden beschäftigte sich Reichsinnenminister Dr. Frick mit den Verläufen gewisser Landesregierungen, der Politik der Reichsregierung Widerstand zu leisten. Eine Regierung, die aus parteipolitischen Gründen die Autorität der Reichsregierung herabzusetzen versuche, dürfe sich nicht wundern, wenn die Reichsregierung die Folgerungen daraus ziehe und die Autorität dieser Landesregierung Schaden erleide. Dr. Frick ging auf die Beteiligung der Oberregierung in Preußen ein und erklärte: Ueber den Rechten der Länder steht das Recht des deutschen Volkes, zu leben. Die marxistische Regierung in Preußen ist beseitigt und sie bleibt beseitigt. Zu den Vorschlägen, die SPD. zu verbieten, erklärte der Minister, daß sie abgelehnt worden seien, in der Erwägung, daß man Marxismus und Bolschewismus nicht nur durch polizeiliche und gerichtliche Methoden bekämpfen könne, sondern vor allem dadurch, daß man ihnen eine stärkere Weltanschauung entgegensetze und die sei einzig und allein der Nationalsozialismus.

Tages-Spiegel

Die Verordnung zur Milderung von Härten in der Sozialversicherung und in der Reichsversorgung ist vom Reichspräsidenten unterzeichnet worden. Sie sieht u. a. vor, daß neben den Kriegsbeschädigtenrenten ein Drittel der Invaliden- und Angefallenenrenten zahlbar ist. Der Anspruch auf Kinderzulagen und Waisenrenten wird auf das 16. Lebensjahr ausgedehnt. Die Zulagen für Witwen wird in besonderen Härtenfällen wiederhergestellt. Weitere Erleichterungen sollen in absehbarer Zeit eintreten.

Zum Schutze der Land- und Waldwirtschaft sind von der Reichsregierung Zollerhöhungen vorgenommen worden.

Der deutsche Vertreter auf der Abrüstungskonferenz, Votschauer Adolphi, ist am Sonntag nachmittag von Genf kommend in Berlin eingetroffen. Er wird Aussprachen mit den zuständigen Mitgliedern der Reichsregierung über Deutschlands Politik in Genf haben.

Ueber das Wochenende wurden bei politischen Zusammenstößen in Frankfurt, Chemnitz, Wuppertal, Bochum, Berlin und Hindenburg 8 Menschen getötet und 19 verletzt.

Bei der Hauptversammlung des ADAC in Berlin stellte Reichsminister Freiherr v. Elz-Blieben die Milderung der Autosteuer in Aussicht.

Der japanische Angriff auf die Provinz Jehol hat in der Nacht zum Sonntag in Richtung Tunkjan-Kailu und Tunkjan-Tankhan begonnen. Die Japaner stürmten wiederholt die chinesischen Stellungen, wurden aber zurückgeschlagen.

Die Kraftfahrzeugsteuer wird ermäßigt

El. Berlin, 20. Febr. Der Allgemeine Deutsche Automobilclub (ADAC) hielt am Sonntag im Herrenhaus seine diesjährige 80. Hauptversammlung ab. Reichsverkehrsminister Freiherr von Elz-Blieben überbrachte die Glückwünsche der Reichsregierung zur Feier des 80jährigen Bestehens des ADAC. Er sagte, daß viele Forderungen und Wünsche der Kraftfahrer, vor allem auf steuerlichem Gebiet, nicht voll erfüllt werden könnten. Er glaube aber, zum 1. April eine gewisse Ermäßigung der Kraftfahrzeugsteuer erreichen zu können. Auch auf polizeilichem Gebiet seien bereits und würden noch Erleichterungen geschaffen werden. Die Vereinfachung des Kraftverkehrsrechtes könne nur schrittweise erfolgen. Im Rahmen des ersten Arbeitsbeschaffungsprogrammes seien schon 100 Millionen für Straßenbau bereitgestellt worden. Die Regierung werde weiter bemüht sein, allen Forderungen der Kraftfahrer nach Möglichkeit gerecht zu werden.

Großdeutscher Kurs in Wien?

El. Wien, 20. Febr. In Klagenfurt (Kärnten) hielt der österreichische Vizekanzler Winkler auf einem Vertretertag des österreichischen Landbundes vor 400 Mitgliedern eine Rede, in der er auch auf die Dürrenberger Angelegenheit zu sprechen kam. Er sagte u. a., durch die Dürrenberger Affäre sei Österreich in eine schwere Krise gekommen. In dem Ultimatum würden Forderungen aufgestellt, die mit der Unabhängigkeit eines Staates unvereinbar sind und im Widerspruch zu seiner Würde stehen. Der Lausanner Pakt werde von der Erfüllung dieser Forderungen abhängig gemacht. Er gab dann seiner Meinung Ausdruck, daß das Ultimatum abzulehnen sei. Im Zusammenhang mit einem Leitartikel der „Reichspost“ vom Sonntag wird die Rede des Vizekanzlers als eine Abgabe an die kleine Entente angesehen. Vielleicht kann man sogar die Ankündigung einer langamen Rückkehr des Kabinetts Dollfuß zu dem deutschen Kurs der früheren Regierungen erkennen.

Ende der österreichischen Lausanne-Politik?

Unter dieser Überschrift schreibt die „Berliner Botschaft“ u. a.: Auf diesem Weg gibt es keinen ehrenvollen Ausweg mehr, sondern nur restlose Unterwerfung oder restlose Umkehr. Um der gesamtdeutschen Sache willen scheint uns eine großzügige und entschlossene Wendung notwendig und möglich. Wir glauben nicht, falsch unterrichtet zu sein, wenn wir sagen, daß Bundeskanzler Dollfuß heute zu der Erkenntnis gekommen ist, daß seine Lausanne-Politik ein Irrweg war. Wir glauben auch, sagen zu können, daß er bereit ist, aus dieser Einsicht die Folgerungen zu ziehen, die Lausanne-Politik zu liquidieren, vorausgesetzt, daß sich auf reichsdeutscher Seite die Mitspieler finden. Daran wird es prinzipiell nicht fehlen. Denn auch in Berlin wird man die Chance erkennen, die Dinge in Österreich mit raschem Entschluß wieder dem gesamtdeutschen Kurs zuzuwenden.

Heeresystem-Frage auf der Abrüstungskonferenz

Drei Einzelvorschläge Frankreichs

Genf, 19. Febr. Im Hauptausschuß der Abrüstungskonferenz legte der französische Luftfahrtminister Pierre Cot den französischen Standpunkt dar. Seine Ausführungen gipfelten in einem Entschließungsentwurf, worin der Hauptausschuß aufgefordert wird, festzustellen, 1. daß allein ein Militärstatut ausschließlich defensiven Charakters mit der Sicherheit vereinbar ist, 2. daß in Kontinentaleuropa die Armee mit kurzer Dienstzeit und geringen Effektivebeständen der einzige Typus eines rein defensiven und langsam mobilisierten Militärsystems ist und daß durch die allgemeine Einführung dieses Armeetyps eine allgemeine Herabsetzung der Effektivebestände herbeigeführt wird.

Der französische Vertreter erklärte zum Schluß seiner Ausführungen, folgende drei Einzelvorschläge zu machen, wenn man grundsätzlich das Prinzip der Vereinheitlichung der Heeresstypen annimmt: 1. Herabsetzung der Dienstzeit auf acht bis neun Monate einschließlich der Reservendienstzeit, 2. prozentual gleichmäßige Festsetzung der Zahl des Ausbildungsmaterials bei allen großen Staaten, 3. Verwirklichung der Umwandlung der Heeresstypen in zwei Stappen von drei bis vier Jahren.

Im einzelnen führte Pierre Cot in seiner Rede noch aus, er sei mit den Vertretern Deutschlands und Ungarns einverstanden, wenn die Einzelheiten der vorgeschlagenen Umwandlung der Heeresstypen im Effektivekomitee der Abrüstungskonferenz diskutiert würden. Es sei aber unerlässlich, daß der Hauptausschuß vorher eine prinzipielle Entscheidung treffe. Es werde vielleicht der Einwand erhoben, daß man durch eine allgemeine Einführung der Dienstzeit zur Verbreitung des Militarismus beitrage. Demgegenüber wolle er ohne jede Anspielung im einzelnen lediglich feststellen, daß die Ereignisse gerade der letzten Zeit vielleicht gezeigt hätten, daß der Militarismus nicht nur in den Ländern sich entwickle, wo allgemeine Dienstpflicht bestehe, sondern daß in „anderen Ländern erlaubte oder unerlaubte Verbände“ bestehen, die den militärischen Geist fördern. Ein Nebeneinanderbestehen von Berufsheeren und Armeen mit allgemeiner Dienstpflicht sei nach seiner Auffassung das gefährlichste, was man sich für die Bedrohung des Friedens denken könne.

Auf die Einwendungen Radolnys, daß Länder mit jahrhundertelanger Heerestradition sich kaum entschließen, ihre Systeme zu ändern, erwiderte Pierre Cot: er sei aufrichtig von dem Wunsche erfüllt, sich mit dem deutschen Vertreter über diese Frage zu einigen. Er habe volles Verständnis für die Lage Deutschlands, dem man seinerzeit ein Heeresystem mit Gewalt aufgezwungen habe, und das man jetzt auffordere, dieses System zu ändern. Aber Deutschland dürfe sich gerade vom Standpunkt der Gleichberechtigung nicht beklagen, wenn man ihm jetzt ein Heer geben würde, wie es auch die anderen Staaten in Europa haben. Vielleicht habe aber der Umstand, daß die Schaffung des Deutschland im Jahre 1919 auferlegten Systems von der Bildung von Verbänden begleitet gewesen sei, verursacht, daß dieses System heute nicht mehr dem entspreche, was es ursprünglich hätte sein sollen. Frankreich werde zu um so größerem Entgegen-

kommen bereit sein, je größer die Sicherheit sei, die es erlange. Ohne sich im einzelnen festzulegen, sei Frankreich bereit, wenn genügende Sicherheit und Kontrollbedingungen geschaffen würden, die Dienstzeit von acht bis neun Monaten mit Einschluß der Übungen einzuführen.

Der deutsche Vertreter, Botschafter Radolny, dankte Pierre Cot für seine ins Einzelne gehenden Ausführungen. Er behalte sich vor, in der nächsten Sitzung ausführlich zu antworten. Vorläufig wolle er sich auf die Feststellung beschränken, daß man nach Genf gekommen sei, um eine Herabsetzung der Rüstungen vorzubereiten, und heute verlange man von Deutschland, sein Heeresystem zu ändern. Er erkläre ausdrücklich, daß er vorbehaltlich seiner endgültigen Zielsetzung es ablehnen müsse, daß die Frage der Vereinheitlichung des Heeresystems zur Vorbedingung der Herabsetzung der Rüstungen gemacht werde. Pierre Cot habe in seiner Rede eine Anspielung auf außer militärische Verbände gemacht. Gewiß gebe es in vielen Ländern Verbände, wo man den militärischen Geist pflege. Pierre Cot scheine aber die Auffassung zu haben, daß Deutschland in dieser Beziehung eine gewisse unkorrekte Haltung eingenommen habe. Er möchte, daß der französische Vertreter sich hierüber einmal genauer äußere.

Pierre Cot erklärte hierzu, daß er seinen Ausführungen nichts hinzuzufügen habe. Es scheine, daß gewisse Verbände der militärischen Vorbereitung dienen und eine vor-militärische Ausbildung erteilen. Auf die Frage könne man, wenn Radolny es wünsche, ausführlich eingehen, wenn man in der Einzeldiskussion zu diesem Thema komme. Botschafter Radolny erklärte, er müsse es scharf zurückweisen, daß auf seinem Lande auch nur der Schatten eines Vorwurfs laite. Er hoffe aber aufrichtig und lebhaft, daß es möglich sein werde, jedes Mißverständnis hierüber zu zerstreuen.

Der italienische Vertreter lehnte den französischen Vorschlag ab. Ferner verlangte er eine weitgehende Herabsetzung des Kriegsmaterials als die entscheidende Vorbedingung für die Vereinheitlichung der Heeresysteme. Der ungarische Vertreter verlangte, daß bei der Behandlung des französischen Planes den nationalen Notwendigkeiten sowie der Sicherheit und der geographischen Lage eines jeden Landes Rechnung getragen würde.

Radolny reist nach Berlin

Botschafter Radolny beabsichtigt, sich für einige Tage nach Berlin zu begeben. Die Reise des deutschen Führers auf der Abrüstungskonferenz nach Berlin wird auf die jetzt notwendig gewordene Entscheidung der Reichsregierung über die grundsätzliche von der französischen Regierung aufgeworfenen Fragen zurückgeführt. Botschafter Radolny will vor der im Hauptausschuß angekündigten deutschen Erklärung zum französischen Plan der Vereinheitlichung der europäischen Heeresysteme die Auffassung der maßgebenden Berliner Stellen hören, da es sich hierbei um Entscheidungen von größter Tragweite handelt. Die Vertreter Englands und Frankreichs sind gleichfalls zur Fühlungnahme mit ihren Regierungen akgerüst.

Unerhörte französische Note an Oesterreich

Rom, 19. Febr. „Giornale d'Italia“ veröffentlicht den Wortlaut der zuletzt in Wien überreichten französischen Protestnote wegen der Hirtenberger Waffenangelegenheit. Die Note, die bisher mit Zustimmung der österreichischen Regierung geheimgehalten wurde, beklagt mit der Feststellung, daß nach Ansicht Frankreichs und Englands die Hirtenberger Waffenangelegenheit einen Verstoß gegen die von Oesterreich eingegangenen internationalen Verpflichtungen darstelle und fordert mit einer vierzehntägigen Frist die Rücksendung der in Hirtenberg und Steier ausgelassenen Waffen oder, falls der Absender sie nicht zurücknehmen wolle, deren restlose Vernichtung unter der Verantwortung der österreichischen Regierung. Ferner wünsche Frankreich und England innerhalb derselben Frist unterrichtet zu werden, welche Mengen der betreffenden Waffen etwa von Oesterreich nach Ungarn abgegangen sind.

Das Demütigende an dieser Note ist — abgesehen von ihrem Ton und der Fristsetzung — die Forderung, daß alle Auskünfte und Bescheide, die die österreichische Regierung Frankreich und England in dieser Angelegenheit abzugeben habe, in eidesstattlicher Form zu erfolgen haben.

In Wien erklärt man, der Ton der französischen Note sei unerhört. Die einzelnen Forderungen seien noch verschärft durch das Verlangen nach eidlicher Aussage der Bundesbehörden, ein Verlangen, das in der diplomatischen Geschichte ohne Beispiel dahe. Dieses Verlangen sei eine unverdiente Erniedrigung Oesterreichs. Oesterreich sei ein freier Staat und wolle es bleiben trotz der allseitigen Unterdrückungsversuche. Die französische Note ließe sich aber höchstens im Verkehr mit einem Vasallenstaat rechtfertigen. An der Festigkeit und Ungewöhnlichkeit dieser französischen Note erkenne man klar das Werk des „kleinen Verbands“.

Scharfe deutsche Stellungnahme

In Berliner politischen Kreisen wird erklärt: „Die Note ist nach Form und Inhalt unerhört. Es handelt sich dabei um eine glatte Vergewaltigung eines kleinen Staates. Ganz unverständlich ist das Verlangen nach einer eidesstattlichen Versicherung, zumal es sich um eine Lappalie von ein paar tausend Gewehren oder Maschinen-gewehren handelt. Ebenso unverständlich ist es, daß eine solche Demarche gerade im gegenwärtigen Augenblick erfolgt, wo in Genf die Abrüstungskonferenz tagt, deren Hauptziel es gewesen ist, die besonders diskriminierende Bestimmung des Artikels V des Versailler Vertrages und der entsprechenden Bestimmungen des Vertrages von St. Germain und Trianon zu beseitigen. Es ist auch unbegreiflich, daß gerade die Staa-

ten, die ihre Verpflichtungen zur Abrüstung seit 14 Jahren noch in keinem Punkte erfüllt haben, das moralische Recht fühlen, einen derartigen Akt vorzunehmen.“

Das Gleichgewicht der Donauländer bedroht

Zur neuen Bündnisvereinbarung der Kleinen Entente schreibt die Budapest Zeitung „Magyar Szó“, die neue Bündnisvereinbarung sei zu dem Zweck zustande gekommen, erst Ungarn, dann Oesterreich aufzutheilen und einzuschmelzen. Es erfülle mit Bedauern und Bitterkeit, daß die französische Politik ihr Prestige und ihre Macht dazu hergegeben habe, daß Ungarn und Oesterreich endgültig unterjocht und in das slawisch-rumänische Bündnisystem hineingezwängt werden. Da dieser neue Staatenbund in Europa das Donaugleichgewicht bedrohe, bleibe der deutsch-italienischen Mitteleuropapolitik nichts übrig, als zum Gegengewicht die Wirtschaftsunion zwischen Oesterreich und Ungarn ehestens zustande zu bringen.

Die Belgrader „Politika“ schreibt, der Beitritt Polens zur Kleinen Entente dürfe in der nächsten Zeit — nicht unerwartet — folgen. Was ein solcher Block, der vom Baltischen bis zum Schwarzen Meer und zum Adriatischen Meer reiche, bedeute, brauche nicht besonders erklärt zu werden.

Der enge Zusammenschluß der drei Staaten des Kleinen Verbands wird von der Pariser Presse einstimmig begrüßt und als geschlossene Front gegen die Drohungen Italiens, Deutschlands und Ungarns bezeichnet.

Kleine politische Nachrichten

„Germania“ und „Märkische Volkszeitung“ verboten. Die „Germania“, das Organ der Katholiken Deutschlands, und die „Märkische Volkszeitung“, das Organ der Berliner Katholiken, sind für drei Tage bis einschließlich Dienstag verboten worden. Das Verbot wurde jedoch nach Vorstellungen von Reichskanzler a. D. Marx bei Minister Goering wieder aufgehoben.

Vertreibung der Jesuiten aus Südslawien? Die Bestrebungen der Belgrader Regierung, Serben, Kroaten und Slowenen zu einem einheitlichen Block zu verschmelzen, haben zu großen Auseinandersetzungen zwischen den katholischen Bischöfen in Kroatien, Slowenien und Dalmatien einerseits und der orthodoxen Belgrader Regierung andererseits geführt. Jetzt holt die Regierung zu einem neuen Schlag gegen die katholische Kirche aus. In der Skupstina wurde ein Gesetzentwurf eingebracht, der die Vertreibung der Jesuiten aus Südslawien vorsieht. Nach dem Entwurf sollen die Jesuiten binnen 48 Stunden Südslawien verlassen.

Die französische Unterstützung für Neunkirchen. Die französische Kammer hat mit großer Mehrheit einen Regierungs-

antrag angenommen, der die Eröffnung eines Kredites in Höhe von 500 000 Franken (rund 100 000 Mark) zur Unterstützung der Opfer der Explosionskatastrophe in Neunkirchen vorsieht.

Nachprüfung der Regierungshandlungen des alten Preußenkabinetts

Die Regierungshandlungen der letzten Preußenregierung werden auf Beschluß des bevollmächtigten Staatssekretärs a. D. Schmid ist von Minister Goering in das preuß. Innenministerium ehrenamtlich berufen worden, weil der Minister die Absicht hat, sich die großen Erfahrungen des früheren Staatssekretärs bei der Nachprüfung von Vorgängen zunutze zu machen, die unter früheren preußischen Regierungen die Öffentlichkeit dauernd beunruhigt haben. Es handelt sich hauptsächlich um Einzelvorgänge in den Verwaltungen. — Wie der „Angriff“ meldet, wurde der nationalsozialistische Landtagsabgeordnete Dr. Conti als Kommissar zur besonderen Verwendung in das preußische Ministerium des Innern berufen. Dr. Conti wird ehrenamtlich tätig sein. — Der Staatsgerichtshof hat für die Reichsregierung die Frist zur Beantwortung der Klagechrift der Regierung Braun bis 22. Februar verlängert.

In Preußen wird das Fremdenrecht grundlegend geändert. Ausländer, die sich nicht nur politisch, sondern auch kulturell gegen die nationalen Ziele der Wiederverneuerung betätigen, werden in Zukunft ohne Rücksicht auf die Dauer ihrer Anwesenheit in Deutschland über die Grenze geschoben.

Eindämmung des Zugangs zu den Hochschulen

Nur geeignete Abiturienten sollen auf die Hochschule gehen. U. Berlin, 19. Febr. Amtlich wird mitgeteilt: Oftern 1933 werden über 40 000 Abiturienten die höheren Schulen verlassen. Die bisherigen Erfahrungen lassen besorgen, daß ein großer Teil von ihnen auf die Hochschule übergeben wird, trotzdem schon heute die Zahl der Studierenden und der Anwärter für akademische Berufe außer allem Verhältnis zu den akademischen Berufsmöglichkeiten steht. Bloße allgemeine Warnungen vor dem Hochschulstudium bleiben ohne merklichen Erfolg, sie können auch keine geeignete Auslese der Begabungen herbeiführen.

Reichsinnenminister Dr. Frick hat diese Lage und Vorschläge zur Eindämmung des Zugangs zur Hochschule mit den Unterrichtsministern der deutschen Länder erörtert. Diese Erörterungen haben zu der einheitlichen Anordnung aller Unterrichtsverwaltungen geführt, daß die Prüfungskommissionen der höheren Schulen für jeden einzelnen Abiturienten bei Erteilung des Reisezeugnisses festzustellen haben, ob nach seinen menschlichen und geistigen Anlagen, seinen Neigungen und seinen Leistungen vom Hochschulstudium abzuraten ist. Die Schule wird den Erziehungsberechtigten solcher Abiturienten, denen vom Studium abgeraten ist, diese Entscheidung mitteilen. Diesen Abiturienten wird die Hochschule nicht verschlossen sein. Sie können jedoch nicht damit rechnen, irgendwelche Studienvergünstigungen zu erhalten. Ferner haben sie zu gewärtigen, daß ihre Eignung zum Hochschulstudium in den Anfangssemestern nachgeprüft wird.

Politische Kurzmeldungen

Der 1. Bundesführer des „Stahlhelm“, Reichsarbeitsminister Seldte, wird am 11./12. März anlässlich einer Besichtigung der Stahlhelm-Formationen des Gaues Hohentho nach Halle kommen. — Oberregierungsrat Breh vom Reichsfinanzministerium ist als Sonderkommissar mit der Aufgabe betraut worden, eine einheitliche Ueberwachung des Schmuggelwesens und der Zollangelegenheiten an der Westgrenze durchzuführen. — Der Herr Reichspräsident hat den früheren Reichsarbeitsminister Dr. Friedrich Syrup zum Präsidenten der Reichsanstalt für Arbeitslosenvermittlung und Arbeitslosenversicherung ernannt. — Die Einnahmen des Reichs an Steuern, Zöllen und Abgaben für die Zeit vom 1. April 1932 bis 31. Januar 1933 betragen insgesamt 5 594,7 Millionen Reichsmark. — Der Reichsminister des Innern hat die Verbreitung der in Kattowitz erscheinenden polnischen Zeitung Polonia im Inlande gemäß der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz des deutschen Volkes bis einschließlich 3. März 1933 verboten. — Schweden hat als Kampfmaßnahme die Zölle für Grobwaren um 50 v. H. heraufgesetzt. Hiervon wird in erster Linie die Schwarzwälder Uhrenindustrie hart betroffen. — In 20 judendeutschen Städten fanden öffentliche Protestkundgebungen gegen die Auslieferung der vier judendeutschen nationalsozialistischen Abgeordneten Jung, Krebs, Kaspar und Schubert durch das Prager Parlament statt, die überall einen riesigen Besuch aufwiesen. — In Frankreich wird die Unzufriedenheit der Beamten mit dem vom Finanzausschuß des Senats beschlossenen Steuermaßnahmen ihren vorläufigen Höhepunkt mit einem Teufelskreis in allen staatlichen und städtischen Betrieben von Paris erreicht. — England führte einer amtlichen Mitteilung zufolge im Jahre 1932 65 Tanks und 11 Panzerfahrzeuge nach dem Ausland aus. Die überwiegende Mehrzahl der Tanks, nämlich 40 Stück, ging nach Polen. — Der irische Oberst Hogan, ein Bruder des früheren Landwirtschaftsministers Hogan, wurde unter der Anklage, geheime Staatsdokumente gestohlen zu haben, verhaftet. Unter der gleichen Beschuldigung wurde ein Stabsoffizier der irischen Bürgergarde festgenommen. — Die Regierung von Columbia hat den sofortigen Zusammentritt des Völkerbundes zur Behandlung des Streitfalles mit Peru verlangt. — In Santiago de Chile sind Meldungen eingelaufen, wonach Ecuador sämtliche dienstfähigen Männer bis zum Alter von 35 Jahren mobilisiert.

Weiter für Dienstag und Mittwoch

Nördlicher Hochdruck beeinflusst die Wetterlage. Für Dienstag und Mittwoch ist zeitweilig aufheiterndes, namentlich nachts ziemlich frostiges, aber vorerst noch nicht beständiges Wetter zu erwarten.

Aus dem Wahlkampf

In seiner Dorkmunder Wahlrede sagte Reichskanzler Hitler in gleicher Weise wie in Stuttgart dem Marxismus den Kampf an. Dabei übte er besonders an der Amtswaltung der letzten Preußenregierung Kritik und erklärte u. a., allein im letzten Jahr seien 800 000 R.M. ausgegeben worden, für die keine Belege vorhanden sind. Die nationalsozialistische Bewegung werde eines Tages Deutschland wieder den deutschen Menschen geben. Die erste Voraussetzung zu allem Tun müsse sein, die nationalen Kräfte des deutschen Volkes wieder lebendig werden zu lassen. Millionen von Deutschen sind heute noch gegen eine deutsche Volksgemeinschaft, aber diese Millionen werden dazu gezwungen werden. Der Bauer ist die Quelle, aus der immer die Kraft der Nation geschöpft worden ist. Aber ohne die deutschen Arbeiter gibt es einfach keine deutsche Nation, und diese Millionen von deutschen Arbeitern müssen in die Volksgemeinschaft eingegliedert werden.

In Köln führte der Vorsitzende der deutschnationalen Reichstagsfraktion, Dr. Oberhoffen, in einer Wahlrede aus, Parlamentsspielerereien kämen nicht mehr in Frage. Es werde ein Ermächtigungsgesetz gemacht und der Reichstag für längere Zeit nach Hause geschickt. — In einer Wahlkundgebung der Kampffront Schwarz-weiß-rot in München bestonte Universitätsprofessor Dr. Lent, M. d. R., es sei notwendig, daß die Deutschnationalen möglichst gestärkt aus den Wahlen hervorgehen, damit nicht der Eindruck erweckt würde, als liege die Zukunft Deutschlands allein bei den Nationalsozialisten. Wenn es der Bayerischen Volkspartei ernst mit dem Führerprinzip sei, sollte sie sich für die Verwirklichung der bayerischen Monarchie einsetzen. Diese Regierung werde ihren Weg auf alle Fälle gehen, so oder so, wenn es sein müsse, auch entgegen den formalen Bestimmungen der Verfassung. — Der Landesführer des Stahlhelm, Oberst von Lens, erklärte, es gehe bei diesen Wahlen auch um Bayern, um die Möglichkeit, daß die bayerische Bevölkerung ihren König wieder zurückrufen könne.

Die Landvolkpartei stellt für die Reichstags- und preußische Landtagswahl keine eigenen Listen auf. Sie wird vielmehr ihren Anhängern die Stimmabgabe für eine ausgesprochene Rechtspartei empfehlen. Nachdem ein Wahlblock der Parteien zwischen Nationalsozialisten und Zentrum nicht zustande gekommen ist, hat die Landvolk-Partei auch auf ein Zusammengehen mit der Deutschen Volkspartei und den Christlich-Sozialen Volksdienst verzichtet. — Die Wirtschaftspartei hat jetzt mit dem Zentrum eine Wahlvereinbarung abgeschlossen. Danach führt sie ihre Stimmen bei der Reichstagswahl dem Zentrum zu, ohne ein besonderes Entgelt dafür zu erhalten. Ebenso sammelt sie ihre Stimmen bei den Wahlen zum Preussischen Landtag, bei denen sie zugelassen ist, auf der Landesliste des Zentrums und erhält dafür dort den siebenten Platz, wenn sie insgesamt 50 000 Stimmen in Preußen aufbringt.

Wegen der Erschießung eines SA-Mannes in Siegburg sind im Regierungsbezirk Köln öffentliche Versammlungen der SPD, der Eisernen Front und der diversen nachstehenden Organisationen verboten worden. Ferner sind alle öffentlichen Versammlungen der SPD, — auch solche in geschlossenen Räumen — bis auf weiteres verboten. — Im Verlauf einer Wahlversammlung der Eisernen Front in Bechenid kam es zu einem blutigen Zwischenfall. Nach den Schlussworten des sog. Redners stießen plötzlich auf und hinter der Bühne Schüsse, durch die 3 SPD-Anhänger schwer verletzt wurden. In einer auf der Straße fortgeführten Schlägerei und Schießerei zwischen Mitgliedern der Eisernen Front und Nationalsozialisten wurden weitere Personen verletzt, darunter ein Polizeibeamter. — In Siegmars (Sachsen) kam es zwischen einer Zivilperson und einigen Nationalsozialisten zu einer Schlägerei, in deren Verlauf ein Zivilist, und zwar der angeführte der SPD, angeführte 33-jährige Anton Ehrhardt aus Siegmars, durch Stiche in den Rücken und in die Hüfte getötet wurde. Die Täter sind unerkannt entkommen. — Auf fünf im Bootshaus der kommunistischen Freien Wasserfahrer in Hamborn-Alsum anwesende Personen wurde von bisher noch unbekanntem Tätern ein

Feuerüberfall verübt. Ein Arbeiter wurde durch zwei Kopfschüsse und einen Brustschuß getötet. Drei Arbeiter wurden durch Schulters-, Brust- bzw. Handschüsse verletzt.

Aus aller Welt

Schupowachmeister wegen Kassenbetrugs verurteilt

Vom Schöffengericht Berlin-Mitte wurde der 24-jährige aktive Schupowachmeister Arno Wiese wegen Kassenbetrugs zu einem Jahr Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust verurteilt. Wiese hatte in Uniform verschiedene Lokale besucht und bei dieser Gelegenheit einem Bewag-Kaffeehaus, bei dem eine Brieftasche mit 500 Mark bei sich trug, diese Brieftasche aus der Tasche genommen und sie einem Dritten zugesteckt. Das Geld wurde später geteilt.

D-Zug rast in das Transportauto einer Fußballmannschaft
Am Sonntag ereignete sich an einem Bahnübergang der Strecke Berlin-Breslau bei dem Dorf Gramsch ein schwerer Verkehrsunfall. Ein Lastkraftwagen, der eine Fußballmannschaft von Prosta bei Glogau zu einem Fußballspiel nach Porschtitz bringen wollte, durchbrach die heruntergelassene Bahnbrücke, als der D-Zug Breslau-Berlin heranbraute. Das Transportauto wurde beiseite geworfen und zum Teil zertrümmert. Zwei Fußballspieler, der Sohn des Sattlermeisters Biener aus Prosta und der 12-jährige Schüler Strauß aus Glogau wurden sehr schwer verletzt. Die durch ein Wunder blieben die übrigen 15 Insassen des Wagens unverletzt.

Dreifacher Mord, Selbstmord und Brandstiftung.
Eine furchtbare Bluttat ereignete sich auf dem Dominium in Striele Kreis Trebnitz (Schlesien). Der Invalidenrentner Paul Liebetal erschlug seine beiden Söhne und seine Tochter mit einem Beil, zündete das Haus, in dem die Familie wohnte, an, und erhängte sich in einer Scheuer. Der Täter war vor einiger Zeit in einer Grube verschüttet worden und seitdem nicht mehr ganz zurechnungsfähig. Er hatte sich schon einmal eine Kugel in den Kopf gesetzt, die noch nicht entfernt werden konnte.

Kurznachrichten aus aller Welt

In der Nacht zum Sonntag unternahm der Chauffeur des praktischen Arztes Dr. Pflanz in Jachenheim (Rahr), Julius Erb, mit mehreren Personen eine Schwarzfahrt. In Ottenheim rannte der Wagen in einer Kurve gegen einen Telegraphenmast und wurde vollständig zertrümmert. Von den sechs Insassen erlitten der Führer Erb und ein Mitfahrer tödliche Verletzungen. — Der Frankfurter Kriminalpolizei gelang in den letzten Tagen ein ganz großer Fang. Vier Einbrecherkolonnen, die Tüdinge von Geschäften und anderen Einbrüche verübten, konnten hinter Schloß und Riegel gebracht werden. — Das Flugzeug-Mutterschiff für den Südatlantikflugverkehr „Westfalen“ wurde nach seinem Umbau von den Reichsbehörden besichtigt. — In ein Einheitspreiswarenhäuser in Westfalen wurden an drei Stellen Plätschen geworfen, die eine Tränengasentwicklung auslösten. Das Warenhaus mußte sofort völlig geräumt werden. Eine Verkäuferin ist schwer erkrankt. — Die Pariser Lebensmittelhändler veranstalteten in einem der größten Pariser Säle eine Protestkundgebung gegen die von der Regierung beschlossenen Steuermaßnahmen. Zwischen den Kundgebern kam es hierbei zu handgreiflichen Auseinandersetzungen, wobei von Stühlen und sonstigen Gegenständen Gebrauch gemacht wurde. Beschlüsse wurden nicht gefaßt. — In Nowogrodek (Polen) verurteilte das Standgericht drei Personen wegen Raubmordes zum Tode durch den Strang. Das Urteil wurde vollzogen. — Im St. Rochus Krankenhaus in Budapest explodierte der Steriliserfessel. Die Detonation verursachte eine Panik. Durch die Explosion wurde ein 33-jähriger Krankenwärter auf der Stelle getötet. Außerdem wurde ein Mechaniker schwer und ein Arbeiter leicht verletzt. — Der 16 000 Tonnen-Dampfer „Montrose“, der mit 186 Fahrgästen von Kanada nach Liverpool reist, lief am Sonntag morgen bei Askew Spit auf Grund. — Die beiden englischen Kunstflieger Rawson und Hoß stürzten über dem Flug-

platz von Kapstadt aus einer Höhe von 1000 Meter ab, als sie eine Todeschleife durchführen wollten. Beide wurden auf der Stelle getötet. — Der Senat des Staates Michigan hat nach einer Meldung aus Lansing (Michigan) beschlossen, den Staatsnotstand zu erklären und den Gouverneur zu bevollmächtigen, das Bankmoratorium zu verlängern, um so die Abhebungen in ein geregelteres Verhältnis zu bringen. — In dem argentinischen Bezirk San Julian wurden 60 000 Schafe von ihren Besitzern geschlachtet und verbrannt, da kein Abfahrl für die Tiere gefunden werden konnte.

Aus Württemberg

Krawall in Oberndorf

Wirtschaftsminister Dr. Maier bedroht
In einer Wahlversammlung der Deutschen Demokratischen Partei in Oberndorf a. N., in der Wirtschaftsminister Dr. Maier über „Württembergs Kampf um seine Wirtschaft und sein Recht“ sprach, kam es zu Krawallen. Politische Gegner aus der Umgebung hatten sich in großer Anzahl schon vor Beginn der Versammlung eingefunden; es dauerte geraume Zeit, bis der Redner im Rärm sich durchsetzen konnte. Er konnte schließlich seine 1 1/2 stündigen Ausführungen bis zum Schluß bringen, oft unterbrochen durch Störungen und andauernde Beschimpfungen (Lump, Schuft!), welche mehrfach das Eingreifen der Polizei notwendig machten. Nach Schluß der Rede kam es unter der Führung des Abgeordneten Reiner zu einem Tumult, da seitens des Versammlungsleiters eine Aussprache abgelehnt wurde. Dem den Saal verlassenden Minister wurden Stühle u. a. nachgeworfen und versucht, ihn am Verlassen des Lokals zu verhindern. Am Saalausgang kam es bei einem tätlichen Angriff auf Dr. Maier, der unverletzt den Saal verließ, zu einer schweren Schlägerei zwischen Polizei und Nationalsozialisten. Die Landjäger zogen die Hedagerte. In dem Kampf spielten auch Lederriemen eine große Rolle. Ein junger SA-Mann namens Anton King aus Lanterbach erhielt von einem Landjäger, der das Seitengewehr gezogen hatte, einen leichten Stich in Kopf und Arm. Die Nationalsozialisten eröffneten schließlich eine neue Versammlung, in der Landtagsabg. Reiner die für die Diskussion vorgelesene Verteidigungsrede hielt.

Aus Stadt und Land

Calw, den 20. Februar 1933.

Um die Neubefugung des Dekanatsamts Calw.

Einer amtlichen Bekanntmachung zufolge haben sich die Bewerber um die erledigte Dekanats- und 1. Stadtpfarrstelle in Calw binnen 3 Wochen beim Evang. Oberkirchenrat zu melden.

Wirtschaftsnot und Berufswohl.

Ende März werden im Arbeitsamtsbezirk Nagold, zu dem bekanntlich auch der größte Teil des Bezirks Calw gehört, 1018 Knaben und 1112 Mädchen aus den Volksschulen entlassen. Im Vorjahre waren es 634 Knaben und 645 Mädchen. Der Abgang an den höheren Schulen läßt sich zahlenmäßig jetzt noch nicht endgültig erfassen. Er betrug im Jahre 1932 134 Schüler und 48 Schülerinnen.

Wohin führt nun der Weg unserer männlichen schulentlassenen Jugend? Eine Gruppe geht in die Landwirtschaft, vorwiegend in die elterlichen Betriebe, eine zweite ist noch zu unentwickelt, um den Anforderungen des Berufslebens zu genügen. Sie bleibt vorläufig ein Jahr zu Hause, wenn es die wirtschaftlichen Verhältnisse der Eltern gestatten. Die dritte Gruppe aber, verstärkt durch die „Bekräftigten“ aus dem Vorjahre, drängt zu einer Berufsausbildung. In der gleichen Richtung liegt das Streben der 16-19-jährigen Schüler aus den höheren Schulen.

Die Frage nach dem Beruf war nie leicht, aber vielleicht nie so schwer wie dieses Jahr. Der Druck der Wirtschaftskrise liegt heute auch unmittelbar auf den Schulentlassenen. Ihre Folgen: Arbeitslosigkeit in allen Berufen, Steigerung der Anforderungen, Sperrung der Laufbahnen, Ueberfüllung der Fach- und Hochschulen haben einen weitverbreiteten Berufspessimismus, der die Berufstreue und die Ver-

Jakob Voggtreuter

Roman aus den bayerischen Bergen von Hans Ernst
Urheberschutz: Herold-Verlag, Homburg (Saar)

102 (Nachdruck verboten)

Der gebrochene Mann nickte teilnahmslos. „Dein Vater machte mir schon den Vorschlag“, sagte er. „Ich werde auch in den nächsten Tagen abreißen. Ob's mir was hilft?“
„Freiwillig! Die gesunde Vergeltung wird die gut tun!“
Der Alte schüttelte gequält den Kopf. „Ein krankes Herz wird nicht mehr so leicht gesund! Und ich spür' es, bald, bald wird es aufhören zu hämmern.“
„Mein Gott, was du für Gedanken hast.“
Langsam stand Bendel auf und legte Jakob beide Hände auf die Schultern und sah ihm lange und tief in die Augen.
„Junge, ich weiß, wie es um mich steht, wenn es mir auch die Ärzte verheimlichen. Aber seit ich dich so richtig kennen lernte, trag ich mein Leiden leichter, denn ich hab' einen würdigen Nachfolger. Ich hab' auch schon alles angeordnet, wie es werden soll, denn der Tod fragt nicht: „Bist du fertig?“ Nein, der kommt unerwartet.“
Jakob stand an einem Sessel gelehnt und wußte nicht, wie es geschah, als er fühlte, daß zwei Arme ihn zitternd umschlangen und ein silbergrauer Kopf ausschlagend an seine Brust sank.

31. Kapitel.

Nun war Jakob allein. Der alte Herr wollte seit drei Wochen auf dem Voggtreuterhof.
Wie ein Wilder stürzte sich Jakob in die Arbeit. Die einzige Ablenkung in seinem einsamen Dasein war das Ehepaar Kigg. Mehrere Abende der Woche verbrachte er bei ihnen und an den Sonntagnächtmittagen begleiteten sie ihn hinaus nach dem Waldriedhof.
Allmählich begann er wieder aufzuleben und langsam lehrte das gelinde Rot in seine Wangen zurück. Doch der herbe Zug

um den Mund und der schwermütige Blick seiner dunklen Augen blieben. Da traf ihn eine zweite Schreckensnachricht. Beim Verlassen des Zuges, der Bendel gutgeträglig aus den Bergen zurückbrachte, wurde dieser auf dem Bahnsteig tödlich vom Schläge gerührt.

Zwei Tage ging Jakob wie irr sinnig umher, seiner Gedanken kaum mehr fähig. Bei dem Leidenbegränis mußte der alte Voggtreuter ihn führen. Als seine Hand die kleine Schaufel hielt, um als erster drei Schaufeln schwarzer Erde in das offene Grab zu werfen, wankte er. Dann aber sagte er sich und hob das bleiche Gesicht und biß die Zähne aufeinander.

Teilnahmslos ließ er sich von den vielen Menschen die Hand drücken und die Beileidsworte über sich ergehen.
Ein Jahr war vergangen. Als der Sägewerksbesitzer Jakob Voggtreuter an einem Sonntagmorgen ganz allein in den Haraunen wanderte, ließ er die vergangenen Zeiten im Geiste an sich vorbeiziehen. Einsam lebte er seine Tage dahin, war Tag für Tag im Sägewerk, das, nachdem ihn Bendel als Universalerben eingesetzt hatte, sein unbeschränktes Besitztum war.

Manchesmal überkam ihn eine brennende Sehnsucht, besonders wenn ihm wieder die Häßlichkeit des Lebens begegnete. Oder war es etwas anderes, nach dem all die leisen Regungen seiner Seele dürsteten?
„Warum es nur im Leben so ungerecht zugeht?“ frug sich Jakob, als er sich unter einem Kastanienbaum in einem Wirtsgarten niederließ.

Die vielen Menschen, die rings um ihn an den Tischen saßen, konnten seinen Gedankengang nicht hören.
Die Notwendigkeit des Schmerzes im menschlichen Leben ließ Jakob gelten; Schmerz gibt neue Kraft, Schmerz erhebt, adelt und läutert. Er selbst hatte das am besten gefühlt.
Sinnend lauschte Jakob auf das Rauschen des grünen Stromes, das ihm wie eine Stimme klang, die bald von ersten, bald von schönen, längst entschwundenen Dingen erzählte.

Unter derselben Sonne, die den in solche Gedanken versunkenen erwärmte, stand die junge Himmelsteinerin mit gefurchter Stirne unter der Haustüre.
Vom Fußweg, der vom Dorf herauf führte, kam torfelnd der Himmelsteiner.

Wöllig berauscht kam er auf seinen Hof zu. Als er sah, daß jemand unter der Tür stand, schrie er, ohne sein Weib zu erkennen:

„Geh' auf d' Seiten, du!“
„Bist schon wieder rauschig, Stefan!“ sagte Julia ruhig.
„Was soll das bloß für ein End' nehmen?“
„Der Bauer lehnte sich an den Türpfosten und lachte: „A, da legst du' nieder! — A netter Empfang, das muß' schon sag'n!“
„Stefan!“ bat das junge Weib flehend. „Laß doch dein Trint'n, ich bitt' di!“

Schwankend betrat der Bauer den Hof:
„A, narret! A, narret! Fangst scho' wieder mit der ewig'n Zammerlitanee an. Du passst für a Klosterschwester. Aber weißt, das Winzeln kann ich net vertragen. Wald mir kein anders Wörtl' sag'n hast, kann ich wieder geh'n.“
Schon taumelte er wieder zum Weg.

„Ach Gott!“ Schluchzend sagte Julia ihren Mann an der Tappe. „Stefan! Werde doch vernünftig. Schau, ich mein' doch gut mit dir. Komm, sei g'schett und bleib' daheim. Willst denn dei' Heimat auch noch vertrin'n?“

„Was — Heimat? Was vertrin'n? Gangs dich eppa was an, ha? Guist mir das Tröpfel Bier net, du Geizrag'n? Anstass'n tua, sag' ich! Anstass'n sollst mi! Der Bauer bin ich, dreinred'n laß' mir von neamd was, verstehest? Und wenn' alles verfaus, geht's auch neamd was an!“

Mit seinen dicken Fäusten stieß er Julia von sich und torfelte laut lachend dem Dorf zu.

In namenlosem Entsetzen starrte das junge Weib ihm nach. Meinend warf sie sich auf die Hausbank und schloß: „O, Herrgott im Himmel, hilf mir doch! Siehst denn net, wie ich leid'n muß.“

Sie sah empor zu den sonnebeglänzten Firnen. Dort oben war Ruhe und Frieden.

Hinaufsteigen dürfen bis zur Höhe und nimmer runter müssen zu den Menschen, wie schön mühte das sein.

Müden Schrittes trat sie ins Haus zurück.
Nach dem Abendessen legte sie ein Tuch um die Schultern und wanderte gegen den Wald hin.

(Fortsetzung folgt).

Arbeitsfähigkeit des Nachwuchses bedroht, ausgelöst. Wer vor der Berufswahl steht, soll die Schwierigkeiten des Berufslebens mit aller Deutlichkeit erkennen, sich aber auch bewusst sein, daß die heutige Arbeitsmarktlage nicht als normal und unabänderlich anzusehen ist. Das Eignungsprinzip ist mehr denn je in den Vordergrund zu stellen. Die Berufsausbildung hat auf möglichst breiter Grundlage zu beginnen, dabei sind Berufe zu bevorzugen, die die Möglichkeit vielseitiger Verwendbarkeit haben. Mode- und Verlegenheitsberufe führen oft zu großen Enttäuschungen. Die Jugend muß bereit sein, auch ein gewisses Risiko auf sich zu nehmen und unter Umständen Berufswege einzuschlagen, die sich nicht in staatlich geregelten und alt eingefahrenen Bahnen bewegen. Ein gefundener Optimismus, der die eigenen Kräfte einschätzt und der Wille, sich durchzusetzen, helfen auch heute noch, manche Schwierigkeiten zu überwinden.

Die Zahl der offenen Lehrstellen bleibt in diesem Jahre bei allen Berufen hinter der des Vorjahres erheblich zurück, besonders stark im Metall-, Bau- und Bekleidungsgebiete. Bei einzelnen Berufen führen neben den wirtschaftlichen Verhältnissen auch die Bestimmungen über die Lehrlingshöchstzahlen zu einer starken Einschränkung in der Lehrlingshaltung. Beim Arbeitsamt sind zurzeit noch 130 Lehrstellenbewerber, vom Volksschüler bis zum Abiturienten, vorgemerkt. Diese Zahl steigt in den nächsten Monaten weiter. Besonders begehrt sind Lehrstellen mit Kost und Wohnung. Nach altem, begründeten Handwerkerbrauch gehört auch der Lehrling an den Tisch des Meisters. Das Lehrverhältnis ist in erster Linie ein Erziehungsverhältnis. Andererseits nimmt in Handwerkerkreisen die Bereitwilligkeit, Lehrlinge mit Kost und Wohnung aufzunehmen, mehr und mehr ab. Es ist begreiflich und verständlich, wenn die Handwerker unter den gegebenen wirtschaftlichen Verhältnissen beginnen, bei der Lehrlingshaltung Mittel zu sparen. Lehrherren, die auf Frühjahr oder Herbst 1933 noch eine Lehrstelle zu besetzen haben, werden gebeten, soweit dies noch nicht geschehen ist, die Lehrstellen beim Arbeitsamt anzumelden. A. A.

Aufführung von „Messias“ durch den Cv. Kirchengesangsverein Calw
Der Kirchengesangsverein Calw wird am Sonntag, den 26. März, den „Messias“ zur Aufführung bringen. Das Werk, das in der fast unbegreiflich kurzen Zeit von 22 Tagen komponiert worden ist, vom 22. August bis 12. September 1741, erlebte seine erste Aufführung in Dublin am 13. April 1742. Weder der Sänger noch der Zuhörer hat das Gefühl, daß der Staus von bald zwei Jahrhunderten auf dem Werk liegen soll. Es klingt heute noch ebenso überzeugend und jugendlich, wie es vermutlich einstens den Hörer begeistert hat. Es seien hier einige kurze Zeitangaben vorausgeschickt; auf das Werk selber soll später etwas eingegangen werden. Der Erfolg des Oratoriums war ein außerordentlicher. Es erlebte in England sofort nach seinem Er-

schienen eine Reihe von Aufführungen. Das Findlings-Hospital in London erzielte enorme Einnahmen durch die zu seinen Gunsten gegebenen Aufführungen des „Messias“. In Deutschland kam der „Messias“ zwischen 1780 und 1790 in Berlin, Leipzig und Breslau zur Aufführung, zum ersten Mal in Stuttgart am 28. Oktober 1931, wo er durch 300 Mitwirkende unter der Direktion Lindpaintners zum ersten Mal zu Gehör kam.

Nach der Chronik des Kirchengesangsvereins wurde das Werk hier in Calw zum ersten Mal am 7. September 1879 in der alten Stadtkirche aufgeführt. Es war das letzte Mal, daß der damalige Leiter des Kirchengesangsvereins, Schulmeister Noos, den Stab führte; anscheinend hat nur die Orgel begleitet. Die zweite Aufführung fand unter Friedrich Gunderts Leitung am 20. Januar 1883 im Vereinshaus statt. 7 Streicher und das Harmonium machten das Orchester aus. Der Dirigent selber sang die Bassstimme. In den folgenden Jahrzehnten taucht der „Messias“ ganz oder teilweise ab und zu wieder unter den vielen Veranstaltungen des Kirchengesangsvereins auf, letztmals unter Fritz Nichte am 4. Mai 1919. Es darf nebenbei erwähnt werden, daß vor einigen Jahren der Kirchenchor Stammheim Teile des Werks in der Kirche zu Stammheim aufgeführt hat.

Nach einer Pause von 14 Jahren ist es nur recht und billig, den „Messias“ wieder hervorzuholen und ihm eine würdige Aufführung zu bereiten.

Hirsau, 19. Febr. Das Kurhotel „Kloster Hirsau“ hatte für Samstagabend zu einer Fastnachtsveranstaltung eingeladen. Es war weit mehr als ein Kappenabend im gewöhnlichen Sinne. In den vollbesetzten Räumen des Hotels herrschte ein Leben und Treiben und etne derart frohe Stimmung, daß man glauben konnte, in der Residenz des Prinzen Karneval selbst zu sein.

Stuttgart, 19. Febr. Vizekanzler v. Paven wird, wie wir schon früher berichtet haben, hlerherkommen, um im Wahlkampf zu sprechen. Die Versammlung, in der er sprechen wird, findet am 3. März in der Stadthalle statt. Es ist beabsichtigt, seine Rede auf alle Sender zu übertragen.

St. Pauli, 19. Febr. Zum erstenmal in diesem Winter hat es, ausgerechnet am 17. Februar, dem Tag, an dem die St. Pauli-Wahlkämpfe beginnen sollten, richtig und tüchtig mehrere Nachmittagsstunden lang anhaltend geschneit. Wir haben jetzt eine schöne weiße Winterlandschaft und eine wenn auch mäßige, so doch einmal nennenswerte Schneedecke von ca. 10 Zentimeter.

St. Gallen, 19. Febr. Die Stadtverwaltung legte dem Gemeinderat in seiner letzten Sitzung ein umfassendes Notstandsprogramm für das einheimische Handwerk vor. Es handelt sich in der Hauptsache um die Unterhaltung städtischer Gebäude, sonstige Lieferungen und handwerkliche Arbeiten im Haushalt der städtischen Verwaltungen.

St. Gallen, 19. Febr. Die Va. Widowert, Chem. Fabrik, hier, hat ihre Zahlungen eingestellt. Das Widowert ist eine der größten Schuhremefabriken. Die Zahlungsschwierigkeiten reichen auf verschiedene Monate zurück. Das Widowert beschäftigt zur Zeit 350 Angestellte und Arbeiter einschl. der Reisenden.

St. Gallen, 19. Febr. Ein 18 Jahre alter Arbeiter, Angehöriger einer politischen Jugendgruppe, kam in den illegalen Besitz einer neuen Selbstladewaffe. Offenbar beim Versuch, die Waffe zu zerlegen, um den Mechanismus kennen zu lernen, entlud sich die Waffe und ein Geschoss drang dem jungen Mann in die Brust. Er war bald darauf tot.

Turnen und Sport

- Fußball-Ergebnisse vom Sonntag**
- Um die süddeutsche Meisterschaft:
Stuttgarter Kickers — Borussia Dortmund 6:1
Eintracht Frankfurt — Phönix Karlsruhe 1:0
Karlsruher FV. — SpV. Frankfurt 4:1
SpV. Mainz — Union Würdingen 7:2
Bayern München — FC. Nürnberg 3:1
Spielogg. Fürth — SpV. Waldhof 1:1
Phönix Ludwigsb. — FC. Kaiserslautern 7:2
FC. Pirmasens — 1860 München 1:2
- Um den süddeutschen Verbandspokal:
VfB. Stuttgart — VfB. Karlsruhe 7:0
FC. Pforzheim — Stuttgarter Sportklub 4:1
FC. Freiburg — Sportklub Freiburg 2:1
SpV. Feuerbach — Frankonia Karlsruhe 3:1
- A. Klasse Kreis Eng.-Nekar:**
SpV. Altensteig — FC. Altburg 5:2
FC. Liebenthal — SpV. Halterbach 1:1
- Eishockey-Weltmeisterschaften in Prag**
Deutschland — Belgien 6:0
Schweiz — Lettland 5:1
Deutschland — Polen 2:0
Tschchoslowakei — Rumänien 8:0
Österreich — Italien 3:0

Geld-, Volks- und Landwirtschaft

St. Gallen, 19. Febr. Die Stadtverwaltung legte dem Gemeinderat in seiner letzten Sitzung ein umfassendes Notstandsprogramm für das einheimische Handwerk vor. Es handelt sich in der Hauptsache um die Unterhaltung städtischer Gebäude, sonstige Lieferungen und handwerkliche Arbeiten im Haushalt der städtischen Verwaltungen.

Amtl. Bekanntmachungen
Mädchen-Mittelschule Calw
Die Aufnahmeprüfung

für die Mädchen, die aus dem 4. Grundschuljahr in die Mittelschule übertreten, findet am **Donnerstag, den 23. Februar, vorm. von 9-12 Uhr** statt. Auswärtige Schülerinnen haben Schulzeugnisse vorzulegen. Im 9. Schuljahr erhalten die Schülerinnen auch Unterricht in **Stenographie (Neoschrift), Buchführung, Maschinenschreiben und Hauswirtschaft**.

Zu jeder weiteren Auskunft ist der Unterzeichnete gerne bereit.

Calw, den 20. Februar 1933. **Rektor Beutel.**

Billiger Flanellverkauf

Wir hatten Gelegenheit, große Posten guter Baumwollflanelle und Betttücher zu sehr günstigen Preisen zu kaufen. Wir bringen nun einige Luwend Meter Flanelle der heutigen Geldknappheit Rechnung tragend zu ganz billigen **Notpreisen** zum Verkauf.

Hellgestreifter Hemdenflanel f. Kinder- u. Frauenwäsche 70 cm breit haltbare Ware 36 Pfg. d. M.
75 cm breit sehr gute Ware 64 Pfg. d. M.
80 cm breit ganz schwere Ware 76, 80 Pfg. d. M.

Dunkler Sportflanel echtfarbig für Knaben- und Herrenhemden
75 cm kräftige Ware . . . 33 Pfennig d. M.
75 cm gute Ware . . . 58 Pfennig d. M.
80 cm beste Ware nur 74 Pfennig d. M.

karrierter Hemdenflanel
75 cm breit beste Ware . . . 65 Pfennig d. M.
80 cm breit schwere Ware . . . 76 Pfennig d. M.
80 cm breit unzerreißliche Ware 85 Pfennig d. M.

feiner Flanel für Wanderhemden
flotte Muster 90 Pfennig d. M.

Schlosserflanel dunkel schw. Ware 85 Pfennig d. M.

Windelflanel weiß und farbig
70 cm breit 60 Pfennig d. M.

Kleiderflanelle für Kleider, Röcke, Blusen
70-75 cm breit 50, 60, 70, 80, 90 Pfennig d. M.

Weiß Körperflanel einseitig gerauht
80 cm breit gute Ware . . . 45, 55 Pfennig d. M.
80 cm breit beste Ware 60, 70, 80 Pfennig d. M.
80 cm breit feinste Ware 85, 90, 100 Pfennig d. M.

Doppelbreit Bettuchstoff 90, 150, 180 Pfennig d. M.
ein großer Posten **Bettuchstoff** f. Kinderbetttücher, Windeln, für Fluchtücher und dergl. **besonders billig**

Fertige warme Betttücher weiß und mit farb. Rand
140/200 cm groß 190, 240, 280, 370 Pfg. d. St.
140/220 cm groß 300, 370 Pfg. d. St.

farbige Betttücher 250 Pfennig d. St.
weiße Oberbetttücher festoniert 400 Pfennig d. St.

Paul Rüdtele, G. m. am Markt, Calw

Die Deutsche Reichsbootschiffahrtsgesellschaft beabsichtigt im Rechnungsjahr 1933 das D.F.R. Eimersfeld zu erweitern und gleichzeitig die Freileitungen der an Eimersfeld angegliederten F-Tellnehmerstellen in Eitmannsweller zu vergrößern, wodurch die Auslegung verschiedener Anschlusskabel in Eimersfeld selbst und entlang der Körperchottsstraße Eitmannsweller notwendig wird. Außerdem ist die Aufstellung von 3 K.A. in Eimersfeld und 2 K.A. in Eitmannsweller bestehend je aus einer einfachen mit Reiterstützen ausgerüsteten Teleg. Stange möglichst auf Gemeinde- oder Straßeneigentum vorzulegen. Durch diese Verabredungen werden die bestehenden Gefängnislinien innerhalb des Orts Eimersfeld sowie das F-Gefängnis Altensteig-Engländerstraße auf der Strecke Eimersfeld-Eitmannsweller als entbehrlich abgebrochen. Das Gefängnis Eimersfeld-Oberweiler wird künftighin an Stelle der beiden Seitenträger mit einer Viererchiene ausgerüstet.

Die Pläne sind auf die Dauer von 4 Wochen beim Postamt Altensteig zur Einreichnahme aufgelegt.

Lüdingen, den 18. Februar 1933.

Calw, den 20. Februar 1933.

Todes-Anzeige

†

Unsere liebe Mutter
Maria Kaiser
geb. Kälin

ist am 18. Februar infolge Herzschlags im 75. Lebensjahre sanft verschieden.

Die Beerdigung findet in ihrer Heimat Sickingen O.A. Valen statt.

In diesem Leide:
Maria Knoer
mit Gatten Hans Knoer, Apotheker

Für Beileidsbelege und Kranzspenden wird herzlichst gedankt.



**DAS ZÜNDHOLZ
DES GENOSSENSCHAFTERS!**
aus dem Konsumverein.

Arbeitsamt Nagold
sucht dringend
Lehrstellen
aufs Frühjahr oder Herbst 1933. Anmeldungen werden erbeten.

Arbeit und Verdienst

finden Sie durch Übernahme unserer Abgabestelle, kein Reisen, keine Vorkenntnisse, daher für jedermann geeignet. 2-300 Mk. Vorgeb. sind zum Anfang nötig. Verdienst steigt sofort ein.

Zuschriften erbeten unter H. U. 42 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Sie schädigen sich selbst,

wenn Sie eine Zeitung halten, die nicht in der Lage ist, Sie mit den Wirtschaftspragen auf dem Laufenden zu halten, die für Sie und Ihre Wirtschaft in Betracht kommen.

Vor Schaden bewahren Sie sich,

wenn Sie eine Zeitung lesen, die ein genaues Spiegelbild des gesamten Wirtschaftslebens des Bezirkes gibt. Darum bestellen Sie das **Calwer Tagblatt**, das Sie über alle Vorkommnisse im Bezirk unterrichtet.

Ihre Möbel lächeln
geputzt mit Dr. Erste's
Möbelpolitur
„Wunderschön“
Flasche 1.—
**Ritter-Drogerie
Carl Bernsdorff.**

N. S. D. A. P. Ortsgruppe Calw
Samstag, 25. Febr., abends 8 Uhr im „Bad. Hof“

Deutscher Abend

Unkostenbeitrag 40 Pfg., Arbeitslofe 20 Pfg.

Im Auftrag habe ich
sonnige Fünfzimmer-Wohnung
mit Garten sofort oder auf 1. April zu vermieten.

Reichert an der Brück

Würzbach.
Eine ältere
Fahrkuh
samt Kalb verkauft
Keppler zum „Hirsch“.

Brennholz- und Birkenhaarwasser
für Haare und Haarboden
Flasche Mk. 1.35 bei
K. Otto Vinçon, Calw

Umständehalber verkaufe ich eine braune, 10 Monate trüchtige

Stute
(Mittelschlag)
eventuell auch Tausch.
**Karl Weiß, Milchhändler
Althengstett**

Für bedürftige Konfirmanden
wird um Unterstützung in Geld oder Kleidungsstücken gebeten.

Die Evangel. Stadtpfarrämter.

Die Höhe
der Auflage und die
Kaufkraft des Lesers
kreises des Blattes sind
ausschlaggebend für den
Wert seines Anzeigenteiles.